

Hartmann, Hellmut

Article — Digitized Version

Barry M. Goldwater und die Wirtschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hartmann, Hellmut (1964) : Barry M. Goldwater und die Wirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 44, Iss. 8, pp. 311-312

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133409>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Barry M. Goldwater und die Wirtschaft

Wenn auch Goldwaters wirtschaftspolitisches Programm als einer der schwächsten Trümpfe in der Hand des republikanischen Senators aus Arizona angesehen werden muß, mit deren Hilfe es ihm gelang, sich bis dicht an die Stufen des Weißen Hauses hochzuspielen, so war es immerhin ein Trumpf, der gestochen hat. Mit seinen außenpolitischen Thesen, die seinen Wählern die Stärke Amerikas noch einmal recht plastisch vor Augen führen sollten, und mit seiner Haltung in der Bürgerrechtsfrage, die nicht wenigen Amerikanern als ein willkommener Dämpfer auf den fortschrittlichen Kurs der Kennedy-Johnson-Administration erscheinen mußte, läßt sich nämlich der phänomenale Erfolg auf dem Parteikongreß in San Francisco allein nicht erklären.

Mindestens ebenso stark wie die Außenpolitik oder die Politik gegenüber einer farbigen Minderheit berühren wahrscheinlich den Durchschnittsamerikaner die alltäglichen Fragen des Wirtschaftslebens, an dem jeder unmittelbaren Anteil hat. Wie hat sich Goldwater in diesem Punkt geäußert? Wie würde seine Wirtschafts- und Sozialpolitik aussehen, falls ihn jetzt oder in vier Jahren das Wahlmännerkollegium zum Präsidenten der Vereinigten Staaten bestimmen sollte und falls er sich dann noch an seine bisherige Auffassung hielte?

Wenn es allein nach Goldwaters Überzeugung ginge, so würde die Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten einen extrem liberalen Anstrich erhalten. Als Enkel eines Mannes, der sich im „Wilden Westen“ der Neuen Welt noch einer quasi-anarchischen Gesellschaftsordnung gegenüber sah, hat sich Barry Goldwater, dem man impulsives Handeln und eine Neigung zum „Aus-der-Hüfte-Schießen“ nachsagt, am stärksten von den Ideen einer nur auf die Privatinitiative bauenden und jegliche Staatseingriffe ablehnenden Wirtschaftsideologie fesseln lassen. So ist es kein Zufall, daß auf ihn ausgerechnet Friedrich A. Hayeks Buch „Der Weg zur Knechtschaft“ einen tiefen Eindruck gemacht hat. Dieses Buch gipfelt bekanntlich in der fragwürdigen These, daß selbst ein punktueller Eingriff in den Preismechanismus durch die Administration zur staatlichen Zwangswirtschaft führen müßte. In solchen Thesen, die auch in unserer Bundesrepublik nicht selten zu hören sind, mag Goldwater quasi die theoretische Untermauerung seiner instinktiven Abneigung gegen die das individuelle Handeln einschränkende Tätigkeit staatlicher Behörden in der Wirtschaft gefunden haben. Hier mag er auch Unterstützung gefunden haben für seine Forderungen nach Steuersenkung (insbesondere eines Abbaues der Steuerprogression) und einer starken Beschneidung der Bundesausgaben (Nahziel: Ausgabensenkung um mindestens 5 Mrd. \$), ferner für seine Forderungen nach der Rückkehr zum Prinzip des jährlichen Budgetausgleichs, nach einer Abkehr von jeglichen wohlfahrtsstaatlichen Tendenzen, nach einer Einschränkung der Macht der Monopole auf der Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerseite und dergleichen mehr.

Mit persönlichen Überzeugungen allein läßt sich indessen noch keine Politik machen, vor allem dann nicht, wenn sie in so offensichtlichem Widerspruch zu den von der Realität diktierten Notwendigkeiten stehen, wie das mit Goldwaters liberalen Ideen der Fall ist. Schon jetzt hat Goldwater daher deutlich zu erkennen gegeben, in welchen Punkten seine Wirtschafts- und Sozialpolitik von einem extrem-liberalen Programm wird abweichen müssen, wenn er nicht allzu-sehr mit den Erfordernissen der Zeit in Konflikt geraten will. Und diese Erfordernisse heißen in der gegenwärtigen Phase des Wahlkampfes vor allem: Rücksichtnahme auf die Wählerschaft und diejenigen Machtgruppen, die ein Interesse daran hatten, daß Goldwater und nicht Scranton Kandidat der Republikaner für das höchste Staatsamt wurde. Manche Kritiker haben die Abstriche am liberalen Programm Goldwaters als Widersprüche eines Amateurpolitikers gewertet, manche haben ihn als Träumer hingestellt. In Wahrheit dürfte es sich in erster Linie um eine geschickte Wahl-

kampfstrategie handeln, wobei zugegeben werden muß, daß auch möglicherweise die Einsicht in die Sachzwänge einer modernen Industriegesellschaft für die Korrekturen verantwortlich ist.

Zunächst einmal mußte Goldwaters altväterlicher Liberalismus in der Frage des Außenhandels Federn lassen. Auf diesem Gebiet erscheint sein Programm geradezu als Neuauflage eines protektionistischen Handbuchs längst verflossener Epochen der Wirtschaftsgeschichte. Gefordert wird nämlich Zollschutz für sämtliche Industrien, die nicht wiedergutzumachende Schädigungen durch „zersetzende Importwellen“ erleiden könnten. Nach solchen Vorsätzen ließe sich wahrhaft fast jeder Industriezweig der Vereinigten Staaten in einen Naturschutzpark verwandeln. Insonderheit fordert er Schutz für Mineralöl, Textilien, Glas, Kohle, Stahl und Fleisch, was sogleich das Gerücht aufkommen ließ, daß sich Goldwater mit der Nennung dieser angeblich schutzwürdigen Wirtschaftszweige für tätige Hilfe im Wahlkampf erkenntlich gezeigt hat.

Auch in der Frage der Landwirtschaftspolitik sind Goldwaters liberale Vorstellungen unter dem Druck der Tatsachen nicht ungeschoren geblieben. Wenn er auch in früheren Äußerungen stets einen Abbau der Subventionen für diesen Wirtschaftsbereich gefordert hat, so mußte er doch neuerdings erklären, daß dies nicht unbedingt sofort zu geschehen habe. Hieraus wird man auf die Absicht schließen können, es in dieser Frage im großen und ganzen beim alten bleiben zu lassen. Ähnliches gilt für seine Haltung in der Frage der Bundeshilfe für Erziehungszwecke.

Von einem rein liberalen Standpunkt mußte Goldwater auch in der Frage der Gewerkschaftspolitik abrücken. Hatte er ursprünglich gemeint, das Monopol der Gewerkschaften bei Arbeitsvertragsverhandlungen für ganze Industriezweige durch Anwendung der Anti-Trust-Bestimmungen brechen zu können, so ist er neuerdings in dieser Frage sehr viel weniger konkret. Offensichtlich hat er auch hier gespürt, wo die Grenzen des politisch Durchsetzbaren und des ökonomisch Sinnvollen liegen. Immerhin scheint der Bereich der Gewerkschaftspolitik das Gebiet zu sein, auf dem sich nach Ansicht vieler Beobachter noch die meisten einschneidenden Änderungen des bisherigen — für amerikanische Verhältnisse jedenfalls — fortschrittlichen Kurses ergeben würden.

Über diese Punkte, die eine Drosselung des liberalen Elans erfordern und die von Goldwater bereits zugegeben wurden, hinaus, wird sich sein Wirtschaftsprogramm auch in anderer Hinsicht nicht so „manchesterhaft“ gestalten lassen, wie es Goldwater gern möchte. Besteht doch ein gewaltiger Widerspruch zwischen dem von ihm einerseits erklärten außenpolitischen Programm, dessen Verwirklichung eine starke Erhöhung der Rüstungsausgaben erfordern würde, und seinen Plänen hinsichtlich einer Steuersenkung und einer Verminderung der Bundesausgaben. Diesen Widerspruch hat Goldwater bislang nicht zugegeben. Er dürfte es wohl aus wahltaktischen Gründen auch nicht mehr tun. Denn damit würde er auf einen „appeal“ verzichten, der seiner politischen Karriere schon manch guten Dienst erwiesen hat und noch manchen erweisen soll.

Mit seiner Forderung, es den Kommunisten einmal gehörig zu zeigen, wer eigentlich die Amerikaner sind, dürfte er ebenso ins Schwarze der Seele weiter Volksschichten getroffen haben, wie mit der These, daß es die Pflicht der Regierung sei, alles zu tun, dem Bürger die Bedingungen eines vom Staat unbehelligten Lebens zu schaffen. Wie es ein Kritiker unlängst treffend ausdrückte, hat nach Goldwaters Ansicht der Einzelne „das Recht, einsam in der Masse zu leben“ und das organisierte Leben im Wohlfahrtsstaat nicht mitmachen zu müssen: „Die Regierung muß der menschlichen Seele ihre Freiheit zurückgeben.“

Hier allerdings wird ein Zug in Goldwaters Programm sichtbar, der es weit über normale politische Programme hinaushebt. Es ist ein Zug, der viele Kommentatoren veranlaßt hat, von einem „Goldwaterismus“ zu sprechen, und der zu manchen Vergleichen mit anderen „Ismen“ angeregt hat. Auch Goldwater selbst und seine Anhänger scheuen sich nicht, über sich selbst als von einer „Bewegung“ oder einer „Revolution“ zu sprechen, die gegen — so „Newsweek“ vom 27. Juli — „einen Feind gerichtet ist, der dunkel definiert wird als das ‚Establishment‘ (der Ostküste) oder als der ‚Club der Mächtigen‘.“ Dem entsprechen so unausgegrenzte Slogans wie „Extremismus in der Verteidigung der Freiheit ist keine Sünde“. Man scheut sich in den USA sogar nicht, darauf hinzuweisen, daß genau dies der Jargon weit rechts stehender Bewegungen in Europa seit etwa 25 Jahren sei, weshalb es auch als kein Zufall angesehen werden könnte, daß Goldwater lediglich in zwei Regionen Europas eine gewisse Zustimmung hätte finden können: im totalitären Spanien und im konservativen Bayern.

Hellmut Hartmann